



TOP Ia Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik
Aussprache zum Leitantrag

Titel: Politische Verantwortung für die Steuerung der ambulanten Notfallversorgung

Entschließungsantrag

Von: Dr. Detlef W. Niemann als Abgeordneter der Ärztekammer Hamburg
Klaus Schäfer als Abgeordneter der Ärztekammer Hamburg
Günther van Dyk als Abgeordneter der Ärztekammer Hamburg

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 121. Deutsche Ärztetag 2018 fordert die politisch Verantwortlichen auf, mit wirksamen Steuerungsmaßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die Versorgung ambulanter Notfallpatienten in hierzu vorgesehenen Portal- und Notfallpraxen stattfindet und eine Fehlnutzung der Notfallaufnahmen der Krankenhäuser unterbunden wird.

Begründung:

Die sinnvolle Implementierung von Portalpraxen und Notfallpraxen, welche die Klinikambulanzen entlasten sollen, kann, insbesondere in den Ballungsräumen, als Zusatzangebot an fußläufige Notfallpatienten missverstanden werden und die erwünschte Konzentration der ambulanten Notfallversorgung verhindern. Hierdurch wird der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) für die ambulante Versorgung unterlaufen und die Wirtschaftlichkeit der Notfallversorgung verhindert.

ABGELEHNT

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0